



# Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der 'Wanderer' erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien pro Woche 60 Goldpfennig, in Polnisch-Oberschlesien 1500 000 polnische Mark, im Ausland jährlich frei Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM. — Preise frei Haus — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einpaltige mm-Seite 0,10 GM, im Restamt 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einpaltige mm-Seite 0,12 1/2 GM, im Restamt 0,50 GM. Anträge, Finanz- und Geldmittel im Industriebezirk 0,20 GM, amtlich Anzeigen auswärts 0,30 GM. In Polnisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,40 GM, umgerechnet nach dem jeweiligen Stande der poln. Mt. Angekots- und Auskunftsermittlung, 0,10 GM. Beilagengebühr 2,- GM %<sub>100</sub>. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Afford oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

## Ein Programm für Drangsalierungen

### Frankreichs unüberwindliche Deutschenangst

Genf, 5. April. (Eig. Ber.) Habas meldet aus Koblenz, daß Herr Tirard im Einverständnis mit Degoutte ein Programm neuer Untersuchungen und Maßnahmen zur Unterdrückung angeblich nationaler und militärischer Geheimverbände entworfen habe. In Koblenz sei ein außerordentlicher Ausschuss aus Vertretern der Sicherheits-Truppen der drei verbündeten Armeen und aus technischen Ratgebern zusammengetreten.

### Ein Wendepunkt

#### Poincaré und die Sachverständigen

85 Gleiwitz, 4. April.

Die Gutachten der Sachverständigenauschüsse scheitern nun nach großen Schwierigkeiten doch endlich festgelegt zu sein. In Berlin: amtlichen Kreisen nimmt man an, daß die Veröffentlichung heute oder Montag bevorsteht.

Hieraus deutet auch die Tatsache hin, daß die Zeitungsmeldungen über den Charakter und den Inhalt der Gutachten immer bestimmter ausfallen. So vornehmlich nun auch jetzt noch immer diesen verschiedenen Angaben gegenübersteht man, so gewinnen doch einzelne Mitteilungen an Bestimmtheit. Man darf als ziemlich sicher annehmen, daß 1. D. als Grundlage der deutsch-polnischen Verständigung über die Rheinfrage die deutsch-polnischen Verhandlungen des Jahres 1919, damit einer der hauptsächlichsten Bestandteile der Verständigung angesehen wird. Daß Deutschland an Reparationen überhand nimmt, wenn ihm die wirtschaftliche Verfügung über das Rheinland und das Ruhrgebiet, also über die jetzt in Regierendes befindlichen Rheinlandprovinzen und über die Ruhrkohle gegeben wird, hat die Regierung unabhingige Male betont.

Allerdings hat der französische Ministerpräsident in einer Rede, die er seit Monaten nicht gehalten hat, aufs Neue seinen früheren Standpunkt wiederholt, daß Frankreich das Ruhrgebiet erst dann räumen werde, wenn es voll bezahlt sei. Selbst in der nationalkatholischen französischen Kammer ist es aufgefallen, daß Poincaré damit wieder auf die frühere scharfe Formel zurückgegriffen ist. Poincaré hatte von der Kammer, auf diesen Widerspruch gestellt, in einigen dünnen Redewendungen seine Formeln wieder abgeschwächt; aber alles in allem ist ersichtlich, daß er sich wieder fester auf den Weinen stützt, und daß er jetzt, wo deutsche Verhandlungen über die Kommissionsgutachten bevorstehen, zu seiner alten starken Position des Hauptstandes zurückkehrt, hinter der sich natürlich die historische rechtliche Anerkennungspolitik Frankreichs verbirgt.

Ob das Gutachten eine bestimmte Summe der deutschen Zahlungspflicht nennt, ist nicht bekannt, sicher aber scheint es zu sein, daß es die Zahlungsfähigkeit für heute und morgen vereinbart und deswegen ein Maximum von 4 Jahren vorschlägt. Als fester darf auch angenommen werden, daß als Sicherheit für eine zu gewöhnliche Reparationsanleihe und für die geplante Goldemissionsanleihe ein finanzieller Organisationsplan ausgearbeitet wurde. Daneben sind, wie man annimmt, in Annapolis Vorarbeiten, welche dem Reichsamt so viele Mittel zuführen sollen, daß sein Geldgewinn keine Anleihe in Anspruch nimmt und dieselbe sogar laufende Reparationssummen bezu. Ueberbrücke von Begehrten von Sachleistungen abwirft.

Mit der Veröffentlichung der Gutachten tritt die europäische Politik in ein neues und offenes Stadium. Zugleich werden im Rat sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die parlamentarischen Grundlagen für die künftige Politik neu gebildet. Wie das deutsche Volk sich bewegt, das ist jetzt erst die eigentlichen Entscheidungsbedingungen, und das es gibt, eine Vollvertretung und eine Regierung zu bilden, welche denjenigen, die die Verhandlungen festzu und mit möglichster Aussicht auf Erfolg zu führen. Auf diesen realpolitischen Zweck, nicht auf den Wunsch von Gefühl müssen deshalb die deutschen Reichsregierungen gerichtet sein.

### Die Sicherheit der Rentenmark

Berlin, 4. April. Wie wir erfahren, hat heute der Verwaltungsrat der Rentenbank eine Sitzung abgehalten, an der auch Vertreter der Reichsregierung teilgenommen haben. Es handelt sich besonders darum, ob die Sicherung der Rentenbank etwaigen Unterholungsversuchen gegenüber stark genug sei. In letzter Zeit wurden Warnungsrufe verbreitet, die aber ganz unberechtigt sind, wie auch der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Rentenbank, Geheimrat Sillger, erklärte, der betonte, die Rentenmark werde stabil bleiben.

### Strafaußschuß für Hitler

München, 5. April. (Eig. Ber.) Die Verteilung Hitlers hat gestern den Antrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, nach Aufhebung des Haftbefehls und Unterbrechung der Strafvollstreckung in München ist alles ruhig. Der Transport der von auswärtig herangezogenen Truppen und Polizei war gestern Abend beendet.

### Deutsch-polnische Verhandlungen

Berlin, 5. April. (Privat.) Reichsankernminister Dr. Stresemann hat gestern eine ausführliche Rücksprache mit dem polnischen Gesandten über die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Streitfragen. Auch die Frage der letzten Ausweisungen von deutschen Ausländern aus Polen wurde erörtert. Wie zuverlässig verläßt, soll zunächst kein offizieller Bericht an Warschau erfolgen, nachdem der Gesandte in Berlin die Verhandlungen des letzten Jahres zusammengefaßt hat. Auch in Berlin vorliegenden Nachrichten aus Warschau, ist, 1. Januar d. J. in Polen 36 Deutschenausweisungen nicht zurückgenommen worden.

### Neues Verfahren gegen Zeigler

Selbzig, 5. April. (Eig. Ber.) Richter-Präsident a. D. Seigler wurde gestern Nachmittag dem Oberreichsanwalt vorgeführt. Es wurde ihm eröffnet, daß wegen seiner am 7. August v. J. in Schmalzger Holzhaus und am 18. Oktober v. J. in Kaffischer Landtag gehaltenen Reden ein Verfahren wegen Landesverrat eingeleitet worden ist.

### Vormarsch der Franzosen

Essen, 5. April. (Eig. Ber.) Zu einer Meldung der rheinisch-westfälischen Zeitungen, daß französische Truppen gegen Elberfeld vorrückten, teilt die Pressestelle des Militär-Kommandos mit, daß es sich um eine Durchführung von Beschlüssen handelt, die bereits am 21. März gefaßt worden seien und die Sicherung der Grenze des Besatzungsgebietes betreffen. Die Schaffung einer neuen Besatzung sei nicht in Aussicht genommen.

### Der Drang nach dem Ausland

Berlin, 5. April. (Privat.) Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Auslandsreisen hat allein in Berlin große Wirksamkeit angesetzt. Am 1. April laßen beim Landesfinanzamt Berlin nicht weniger als 11 750 nach unerledigte Anträge zu Auslandsreisen vor. Vom 1. Januar bis 31. März war beim gleichen Finanzamt 24 200 Anträge Reisen in das Ausland die Genehmigung erteilt worden. Bereits am 25. März hatte der Präsident des Landesfinanzamtes eine verschärfte Nachprüfung der Anträge anordnet, um den Massenandrang einzudämmern.

### Minister als Urkundenfälscher

G. Berlin, 5. April. (Privat.) Der Strafprozeß gegen den bairischen Minister Herrmann und 3 Genossen wegen qualifizierter Urkundenfälschung beginnt am 23. Mai in Bamberg.

## Russische Truppenverschiebungen

Kopenhagen, 5. April. (Eig. Bericht.) Die hiesige Regierung hat Mitteilung von einer gefährdenden Zuspitzung des russisch-rumänischen Konflikts erhalten. Am Dniestr zieht die russische Sowjet-Regierung beträchtliche Truppenmengen zusammen.

### Frankreich und Rumänien

Genf, 5. April. (Privat.) Der Rat in Genf: Der rumänische Gesandte hat gestern nachmittag bei Poincaré vorgespochen. Er erhielt die Zusicherung

### Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

G. Berlin, 5. April. (Eig. Bericht.) Von ausländischer Reaktionsseite wird bestätigt, daß die Aufgabe der Wohnungszwangswirtschaft für Mietwohnungen bevorsteht. Um der Mietpreissteigerung vorzubeugen, werden Höchstmieten bestimmt auf der Grundlage der Friedensmieten. Dem Grundbesitz soll aber das freie Veräußerungsrecht über Wohnräume zurückgegeben werden. Für Geschäftsläden bleiben die alten Bestimmungen in Kraft. Die Wohnungsbauämter werden aufgelöst.

### Das Schicksal der Ruhrgefangenen

G. Berlin, 5. April. (Privat.) Auf den deutschen Schicksal der Ruhrgefangenen ist am 2. März d. J. nach einem Rücktransport der französischen Häftlinge in deutsche Gefängnisse, ist bis heute keine Antwort durch Frankreich gegeben worden. Wie verlautet ist in den letzten Tagen eine Wiederholung des deutschen Antrags durch den Vorkommissar in Paris erfolgt.

### Zur Räumungsfrist

(-) Genf, 5. April. (Privat.) Der Rat schreibt die Behauptungen eines Mitgliedes des deutschen Reichskabinetts (nämlich ist die Rede des Justizministers Emminger in Ansbach), daß die erste Räumung der besetzten Gebiete am 10. Februar 1925 erfolgen müsse, würde nichts an der Tatsache ändern, daß bisher keine Erfüllung des Versailler Vertrags durch Deutschland erfolgt sei und daß deshalb auch die Frist zur Räumung für die Besatzungsmächte nicht zu beanstanden hätte.

### Die Aufräumarbeiten

Genf, 5. April. (Privat.) Eine de Paris erzählt, daß Frankreich und Belgien sich geeinigt haben, die Ruinenarbeiten zunächst bis 30. Mai zu verlagern. Den Beratungen mit den Ruhrvertretern komme nur noch unangeordnete Bedeutung zu, da sich die Vertreter einem Ultimatum gegenüber sehen. Die Vorschläge der Sachverständigen zur Reparationsfrage hätten auf die Aufräumarbeiten vorläufig keinen Einfluß.

Berlin, 5. April. (Eig. Ber.) Im Auftrage der Reichsregierung hat der deutsche Botschafter in Doornik gestern nachmittag einen diplomatischen Schritt unternommen und in längerer Unterhaltung mit Poincaré die Frage eines Zwischenschrittes besprochen für die Zeit nach dem Ablauf der Ruinenarbeiten bis zur endgültigen allgemeinen Reparationsregelung. Deutschseits wurde über das Ergebnis keinerlei Mitteilung gemacht. Die Mitteilung ist von größter politischer Bedeutung. Diese Unterbrechung ist der Beginn zu Auseinandersetzungen über die Frage, was nach dem Ablauf der Ruinenarbeiten geschehen soll.

### Schlußfrist der S.D.

(-) Genf, 5. April. (Privat.) Habas meldet gestern Abend, die Schlußfrist der Sachverständigen ist auf Sonntag früh angesetzt. Die amerikanischen Vertreter bleiben auf Anweisung aus Washington vorläufig in Paris zur Vertretung der Reparationskommission.

### Stiefkind Oberschlesiens

#### Wo bleibt die Überregulierung?

H. Gleiwitz, 4. April.

Die Regulierung der Ober ist eine wichtige Frage für die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz Oberschlesien. Man hat in den berechtigten Kreisen Berechnungen dahin angestellt, daß das geplante Staubecken von Dittmachau den Wasserstand der Ober genügend ausgleichen würde, um die Schiffahrt, die in 7 Monaten des Jahres ruhen muß, zu beleben. Das Staubecken würde nicht nur den allzu schnellen Abfluß des Stromwassers verhindern, sondern auch der Abflussumma des Grundwasserüberschusses entgegenwirken. Im Jahre 1921 mußten auf dem oberen Lauf der Ober ungefähr 1000 Schiffe die Schiffe und auf ihrem unteren Lauf wärenden Sommer und Stettin ungefähr 500 Schiffe während der Monate stillliegen. Das bedeutet Schiffsverluste für diese Zeit von 3000 Mannschaften, an denen noch die in den Kanalen beschäftigten Leute in Höhe von ungefähr 500 Köpfen hinzukommen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Überregulierung auch für die Industrie Oberschlesiens. Es ist also nur als bedauerlich zu bezeichnen, daß die Frage des Baues eines Staubeckens bei Dittmachau bisher trotz aller Reichsbeschlüsse an dem Mangel von Mitteln scheitert. Man muß daran erinnern, daß schon im Jahre 1913 das erste Gesetz über den Bau des Staubeckens von Dittmachau durchging, und daß dieser Plan in einem zweiten Gesetz von 1921 wieder aufgenommen wurde.

### Schwarze Franzosen

Die Gründung einer neuen Kolonial-Armee. In der deutschen und ausländischen Presse ist darauf hingewiesen worden, daß der französische Schrei nach 'Sicherheiten an der Rheinbarriere' auch durch die Tatsache illustriert werde, daß die weittragenden französischen Gesetze das Ruhrgebiet und, von der allertesten Schicksalswahl ab, auch das schlesische Industriegebiet unter Feuer nehmen können. Die Einbauten solcher Geschütze an der normannischen Küste sind eine Gefahr für England, die in den britischen Wäutern nur sehr verhalten angeordnet wird. Ueber diese Maßnahmen hinaus schafft aber Frankreich sich ein neues Kolonialheer. In einer militärischen Betrachtung der 'Lebens' wird gesagt, es sei überflüssig, die glänzende Rolle, die die Kolonialtruppen Frankreichs in der Frage gespielt hätten, herunterzuziehen. Die Armee der Schwarzen werde vermehrt werden. In dem Maße, es, in dem Frankreich sich politisch ausbreitet, sich von Calais bis zum Sudan über hunderte Millionen Einwohner, erprecht, trotz aller Unterbrechungen ein Ganzes würde (auch in Massenerziehung selbstverständlich), müsse diese Armee einheitlich geführt werden. Es gibt heute in Frankreich keine Unterschiede zwischen den Kolonialtruppen und den anderen, welche während der Kriegszeit bestanden. In den nächsten zehn Jahren wird Frankreich eine Kolonialarmee von 750 000 Mann haben. Die Organisation dieser Armee hat begonnen. Sie ist Poincarés Antwort auf die englischen Vorschläge, die Rüstungen zu beschränken.

### Bolschewismus in Rom

(-) Genf, 5. April. (Privat.) Der Turiner Stampa meldet aus Rom: Seit dem Eintreffen des bolschewistischen Gesandten in Rom ist eine verstärkte kommunistische Propaganda festzustellen, der die Regierung erhöhte Aufmerksamkeit widmet. In Rom hat sich ein inoffizieller kommunistischer Arbeiterbund gebildet, in Rom wurden Manifeste gemacht, die auf Rüstungsbeschränkungen an die russische Gesandtschaft zurückzuführen werden.